

8/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Weniger arbeiten und mehr verdienen bringt keine neuen Arbeitsplätze

Einmütig hat das CDU-Parteipräsidium jüngste Äußerungen der Gewerkschaftsführer Franz Steinkühler und Monika Wulf-Mathies zur Tarifpolitik als unverantwortlich bezeichnet. Wer wie sie und andere in SPD und DGB das Ziel vertritt, gleichzeitig weniger zu arbeiten und mehr zu verdienen, verkündet ein unsoziales und falsches Rezept, das nichts für die deutsche Wirtschaft, nichts für die Schaffung neuer Arbeitsplätze bewirkt und das Gebot der Solidarität der Arbeitsplatzbesitzenden mit den Arbeitsuchenden verletzt, stellt Generalsekretär Heiner Geißler fest.

Bei Vereinbarungen zur Verkürzung der Arbeitszeit haben die Tarifvertragsparteien gemeinwohlverantwortlich, unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen, branchenspezifischen und einzelbetrieblichen Rahmenbedingungen und Gegebenheiten zu entscheiden. Die generelle Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich schafft nicht neue, sondern gefährdet vorhandene Arbeitsplätze.

Wer, wie Franz Steinkühler und Monika Wulf-Mathies, in einer modernen Industriegesellschaft den Klassenkampf propagiert, vertritt veraltete Parolen des letzten Jahrhunderts und wird zum gesellschaftspolitischen Dinosaurier, über den die Zeit hinweggehen wird.

HEUTE AKTUELL

● NATO-Gipfel

Ziel der Bundesregierung bleibt es: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Seite 3

● Christliches Menschenbild

Bundesberatungsgesetz zu Paragraph 218 ist längst überfällig. Seite 6

● Beschäftigungspolitik

Erwartungsgemäße Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen im Februar. Seite 8

● CDU Schleswig-Holstein

Heiko Hoffmann neuer Spitzenkandidat: Mit Zuversicht in die Zukunft. Seite 11

● Öffentlichkeitsarbeit

Ein neues Flugblatt und Oster-tips für Parteiveranstaltungen. Seite 14/15

● Dokumentation

Unsere Verantwortung in der Welt. Grüner Teil

Rudolf Seiters:

Die Führungsprobleme der SPD

Mit einer einzigen Stellungnahme hat der saarländische Ministerpräsident Lafontaine das Kernproblem der SPD wieder in das Blickfeld der Öffentlichkeit gestellt. Seine Forderung, daß Arbeitszeitverkürzungen nur bei Einkommensbeschränkungen der Arbeitnehmer zu verantworten seien, hat die Führungs- und Orientierungslosigkeit der heutigen SPD offenbart.

Für uns war der Kurs des Parteivorsitzenden Vogel seit langem erkennbar: Die Streitfragen innerhalb der SPD zuzudecken, nicht auszutragen, und im übrigen bei schwierigen Problemen Antworten überall dort zu verweigern wo sie unpopulär sind. Ein taktischer Kurs, bezogen auf die Tagespolitik, vielleicht nicht ungeschickt, im Grunde jedoch kurzatmig und für die SPD insgesamt verhängnisvoll, da er eine notwendige realistische Neuorientierung verhindert.

Vogels Nervosität vor Fernsehkameras, seine abwiegelnde Bemerkung, jetzt sei nicht die richtige Zeit über Arbeitszeitverkürzungen zu diskutieren und seine Stellungnahme: „Man kann ja mal streiten, aber in bestimmten Situationen muß man die Reihen dann schließen“, sind deutliche Zeichen von Unschlüssigkeit und mangelndem Führungswillen.

Seine Geschäftsführerin Fuchs muß mitteilen, hierbei handele es sich um eine „Scheindebatte“ (die Gewerkschaften werden es danken). Und das SPD-Präsidium verabschiedet unter seiner Leitung eine Erklärung, nach dem schon unter dem Vorsitzenden Brandt bekannten SPD-Führungsmaxime: sowohl als auch, und das mit aller Macht.

In der Sache selbst ist Vogel nicht Manns genug, klare Position in der innerparteilichen Auseinandersetzung zu beziehen. Er ist untergetaucht. Wie wenig souverän sich der SPD-Parteivorsitzende verhält, zeigt sich daran, daß die von Lafontaine vorgebrachte Position nicht neu ist und daß Vogel drauf hätte vorbereitet sein müssen.

Bereits Lafontaines Ziehvater Brandt hatte am 17. März 1984 in der „Augsburger Allgemeine“ festgestellt: Er sei sich allerdings klar darüber, daß die Arbeitszeitverkürzung, wie sie von Gewerkschaften gefordert werde, „kein Allheilmittel für die Arbeitslosigkeit“ darstelle. Brandt hat diese Position noch einmal öffentlich bekräftigt.

Dies alles zeigt: Die Führungsfrage der SPD ist nach wie vor offen, auch die politische Ausrichtung der Partei ist unentschieden; daher ist die SPD auch unfähig, eine wirkliche sozialdemokratische Alternative zur Politik der Bundesregierung zu erarbeiten. Wer den Strukturproblemen unseres Landes ebenso ausweicht wie den Streitfragen in der eigenen Partei, ist auf lange Sicht regierungsfähig.

Zitat

„Wenn die Deutschen ihren gewohnten Lebensstandard halten wollen, müssen sie entweder ihre Ansprüche reduzieren oder die Leistung steigern. Nur wenn die deutsche Industrie an der Spitze der technologischen Entwicklung marschiert, kann sie mithalten mit der weltweiten Konkurrenz.“

(Lothar Späth)

Ziel der Bundesregierung bleibt:

Frieden schaffen mit immer weniger Waffen

Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Friedhelm Ost, stellt zu Bewertungen und Analysen über die Ergebnisse des NATO-Gipfeltreffens (Brüssel 2./3. März 1988) fest:

1. Das Treffen der 16 Staats- und Regierungschefs der NATO in Brüssel galt der Kursbestimmung in der Bündnispolitik. Das Gipfeltreffen hat eindrucksvoll die Einheit und Geschlossenheit des Bündnisses unterstrichen. Versuche, in den Grundsatzfragen der Bündnispolitik Unterschiede zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Verbündeten, insbesondere den USA, Großbritannien und Frankreich, zu konstruieren, finden weder im Verlauf noch in den Ergebnissen des Gipfeltreffens eine Grundlage.

2. Das Gipfeltreffen hat die bewährte Bündnispolitik bestätigt und für die Zukunft fortgeschrieben:

- Die Strategie der flexiblen Antwort, die dem Zweck dient, jeden Krieg, sei er nuklear oder konventionell, zuverlässig zu verhüten, und
- das mit dem Namen Harmel verbundene Konzept, das die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit, das Bemühen um Abrüstung und Rüstungskontrolle und das Angebot zu Dialog und Zusammenarbeit zwischen West und Ost einschließt. Damit ist auch für die Zukunft verbindlich, daß das Bündnis zugleich
- wachsam bleibt und seine Verteidigungsfähigkeit aufrechterhält und
- alle sich bietenden Chancen nutzt, die Konfrontation durch tatsächliche, wirksam überprüfbare Abrüstung und Rüstungskontrolle zu vermindern und durch Dialog und Zusammenarbeit das

Vertrauen zwischen West und Ost zu stärken.

3. Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung zum INF-Vertrag im Dezember 1987, in seiner Wehrkunderede Anfang Februar 1988 sowie bei seinen Gesprächen in Washington Mitte Februar und in seiner Erklärung auf dem NATO-Gipfel in Brüssel keinen Zweifel gelassen, daß zur Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit auch künftig ausgewogene konventionelle und nukleare Streitkräfte gehören. Der Bundeskanzler hat immer wieder unterstrichen, daß die Bundesregierung keine weitere Null-Lösung, keine kernwaffenfreien Zonen und schon gar nicht eine Denuklearisierung Europas anstrebt. Sie wird vielmehr auch künftig die nach eingehender und umfassender Prüfung im Bündnis gemeinsam beschlossenen Maßnahmen mittragen, um die Strategie der flexiblen Antwort wirksam zu erhalten. Die Bundesregierung ist überzeugt, daß eine wirksame Abschreckung ohne Nuklearsysteme auf dem zu verteidigenden Territorium nicht glaubwürdig ist.

4. Der Bundeskanzler legt besonderen Wert darauf, daß das Bündnis

- sowohl die künftige Struktur seines Nuklearwaffenpotentials, einschließlich der Systeme mit Reichweiten unter 500 km, definiert,
- als auch ein umfassendes Konzept der Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle erarbeitet, das im Zusammenhang mit Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts in Europa und einer weltweiten Beseitigung chemischer Waffen auch überprüfbare Reduzierungen von Nuklearsystemen kürzerer Reichweite,

Zitat

„Die USA werden ihre Truppen auch über diese Regierung hinaus solange in Europa lassen, wie die Europäer dies wünschen.“

(US-Präsident Reagan
auf dem NATO-Gipfel in Brüssel)

also unter 500 km, vorsieht. Verhandlungsziel ist: Gleiche Obergrenzen, aber nicht Null.

5. Der Bundeskanzler hat bereits in seinen Gesprächen mit Präsident Reagan und mit Außenminister Shultz in Washington wie auch im Kreis der Staats- und Regierungschefs auf dem NATO-Gipfel feststellen können, daß derzeit im Bereich des in Europa stationierten Nuklearpotentials der USA keine isolierten Entscheidungen über die Modernisierung einzelner Waffensysteme anstehen. Zu warnen ist deshalb vor allen Versuchen, einen weder sachlich noch zeitlich begründeten Entscheidungsdruck künstlich herbeizureden.

6. Der Bundeskanzler hat für seine Forderung, daß das Bündnis sich jetzt auf das Gesamtkonzept konzentriert, ungeteilte Zustimmung gefunden. Um die nunmehr im Bündnis zu leistenden Arbeiten voranzubringen, hat der Bundeskanzler bereits in seiner Wehrkunderede vorgeschlagen, die „Besondere Beratungsgruppe“ (special consultative group) des Bündnisses wiedereinzusetzen, die sich bei der Vorbereitung des INF-Vertrages hervorragend bewährt hat. Parallel dazu hat der Bundeskanzler mit Präsident Reagan verstärkte deutsch-amerikanische Konsultationen über den gesamten Themenbereich vereinbart.

Der Bundeskanzler geht davon aus, daß die Arbeiten im Bündnis zügig weiterge-

führt und spätestens in einem Jahr abgeschlossen werden.

7. Das Bündnis hat mit seiner „Erklärung zur konventionellen Rüstungskontrolle: Der Weg nach vorn“ die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts als Kernproblem der Sicherheit in Europa herausgestellt und zugleich den Wiener Gesprächen über ein Verhandlungsmandat über konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural einen wichtigen Anstoß gegeben. Substanzverhandlungen über diesen Bereich sollten noch in diesem Jahr beginnen.

Zugleich hat das Bündnis einmütig die Hoffnung ausgedrückt, daß ebenfalls noch in diesem Jahr die USA und die Sowjetunion einen Vertrag über die Halbierung ihrer strategischen Nuklearwaffen abschließen.

Selbstverständlich wird das Bündnis Fortschritte der Abrüstung und Abrüstungskontrolle auf allen Gebieten laufend in seine Analysen einbeziehen, so daß tatsächlich nur das notwendige Minimum an Nuklearwaffen in Europa verbleibt.

Heiner Geißler:

CDU begrüßt NATO-Erklärung

Die CDU begrüßt nachdrücklich die von den Verbündeten gemeinsam bekräftigten Ziele der konventionellen Abrüstung. Die Herstellung eines stabilen Gleichgewichts konventioneller Streitkräfte auf niedrigem Niveau würde ein Kernproblem europäischer Sicherheit lösen. Die NATO-Vereinbarungen entsprechen den Forderungen des kürzlich vorgestellten außenpolitischen Diskussionsentwurfs der vom CDU-Bundesvorstand eingesetzten Kommission.

Ottfried Hennig leitet Bundesfachausschuß Deutschlandpolitik

Unter Vorsitz von Generalsekretär Heiner Geißler hat sich in Bonn der CDU-Bundesfachausschuß Deutschlandpolitik konstituiert. Dieser Fachausschuß ist neu eingerichtet worden, um das Gewicht deutlich zu machen, das die Christlich Demokratische Union auch künftig der Deutschlandpolitik beimitzt.

Zum Vorsitzenden des 32 Personen umfassenden Fachausschusses wurde der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig, gewählt. Seine Stellvertreter sind Heinrich Lummer und Jürgen Quensell, Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union.

Eine der Hauptaufgaben für die Arbeit des Fachausschusses wird es nach Ansicht seines Vorsitzenden Hennig sein, zu einer intensiven deutschlandpolitischen Diskussion in der Öffentlichkeit beizutragen und dabei insbesondere auch das Interesse junger Menschen an der Deutschlandpolitik zu verstärken. Außerdem werde sich der Fachausschuß engagiert an der Beratung des deutschlandpolitischen Kapitels des kürzlich vorgelegten Kommissionsentwurfs sowie an der Vorbereitung entsprechender Beschlüsse des Bundesparteitages im Juni beteiligen.

Weirich leitet Fachausschuß Medienpolitik

Auf seiner konstituierenden Sitzung hat der CDU-Bundesfachausschuß Medienpolitik den Bundestagsabgeordneten Dieter Weirich zum Vorsitzenden gewählt. Zu Stellvertretern Weirichs, der auch medienpolitischer Sprecher der CDU/

CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des ZDF-Fernsehrates ist, wählte der Fachausschuß Gabriele Wiechatzek, die Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses und Vorsitzende des SFB-Rundfunkrats, sowie Klaus von Trotha, den medienpolitischen Sprecher der baden-württembergischen CDU-Landtagsfraktion.

Wichtigste Themen sind: die Auswirkungen des Medien-Staatsvertrages, die Reform der Bundespost und ein vernünftiges Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Fernsehen.

Steuererhebung für Sportvereine vereinfachen

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU hat seine Beschlüsse aus der vergangenen Legislaturperiode im Hinblick auf Steuererleichterung und Steuervereinfachung für kleine und mittlere Vereine erneuert. Der Ausschuß begrüßt das Engagement von Generalsekretär Heiner Geißler, der sich in diesen Tagen sowohl beim Bundesfinanzminister als auch in der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Realisierung der CDU-Forderungen eingesetzt hat.

Der Bundesfachausschuß Sport unterstützt mit Nachdruck alle Initiativen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Hinblick auf die dringend notwendigen Korrekturen der Vereinsbesteuerung. Er hält dabei die Realisierung folgender Grundsätze für wichtig:

- Die Steuererhebung für kleine und mittlere Vereine muß vereinfacht werden.
- Das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen darf durch Besteuerung nicht eingeschränkt werden.

Der Ausschuß geht davon aus, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Initiative der Arbeitsgruppe Sport einen entsprechenden Antrag einbringt.

Bundesberatungsgesetz zu § 218 ist längst überfällig

Der Schutz des menschlichen Lebens, auch des Ungeborenen, ist eine zentrale Aufgabe von Staat und Gesellschaft. Dies hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Grundsatzurteil vom 25. Februar 1975 dem Gesetzgeber ins Stammbuch geschrieben. Danach wird vom Staat erwartet „daß er Beratung und Hilfe anbietet mit dem Ziel, die Schwangere an die grundsätzliche Pflicht zur Achtung des Lebensrechtes des Ungeborenen Lebens zu mahnen, sie zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und sie — vor allem in Fällen sozialer Not — durch praktische Hilfemaßnahmen zu unterstützen.“

Das Bundesverfassungsgericht hat also ganz konkrete Zielvorgaben für die Schwangerschaftskonfliktberatung, wie sie im geltenden § 218 b vorgeschrieben ist, gemacht. Leider hat es 13 Jahre gedauert, bis wir jetzt darangehen, diese Vorgaben des Gerichts bundesweit umzusetzen, stellt MdB **Roswitha Verhülsdonk** fest. Ein Bundesberatungsgesetz zum § 218 StGB, wie die Bundesregierung es jetzt auf der Grundlage des Koalitionsbeschlusses von CDU/CSU und FDP einbringen will, ist m. E. längst überfällig. Es ist vor allem deshalb überfällig, weil die SPD weder während ihrer Regierungszeit in Bonn noch in den von ihr regierten Ländern dafür gesorgt hat, daß der Verfassungsauftrag auch nur annähernd von den Beratungsstellen erfüllt werden kann. So sind die Beratungsstellen in den SPD-Ländern personell und finanziell so schlecht ausgestattet, daß sie sich nicht zur Vermittlung konkreter Hilfen an

schwangere Frauen in Notlagen imstande sehen. Das behauptet „Pro Familie“ immer wieder. Nicht einmal die Bundesmittel aus der Stiftung „Mutter und Kind“ werden vermittelt. Eigene Landestiftungen fehlen in den SPD-Ländern total.

Ein wesentliches Ziel des Beratungsgesetzes zum § 218 ist deshalb, in allen Bundesländern gleich gute Voraussetzungen für die Arbeit der Beratungsstellen zu schaffen. Wir wollen sicherstellen, daß werdende Mütter in Notlagen eine so umfassende Beratung in Anspruch nehmen können, wie sie sie benötigen, auf Wunsch auch noch nach der Geburt des Kindes. Die Frauen sollen schon in den Beratungsstellen erfahren, welche materielle Unterstützung und welche menschliche Hilfe sie erhalten können und nicht mehr von einem Amt zum nächsten geschickt werden. Wer darauf mit bösartiger Polemik reagiert, muß sich fragen lassen, was er eigentlich will und ob ihm überhaupt daran gelegen ist, den Frauen ein Ja zu ihrem Kind zu ermöglichen.

Das Beratungsgesetz zum § 218 StGB verbessert außerdem den von unserer Verfassung gebotenen Schutz des Ungeborenen Kindes. Abtreibung ist Tötung ungeborenen Lebens und kann nur straffrei zugelassen werden, wenn die schwere Notlage der Frau auf keine andere zumutbare Weise abgewandt werden kann.

Das Beratungsgesetz zum § 218 bedeutet keine Änderung des geltenden Strafrechts, es soll aber dafür sorgen, daß im Strafrecht vorgeschriebene Beratung ernstgenommen wird. Denn hier geht es um das Prinzip „Hilfe statt Strafe“.

Die wirtschaftlichen Aussichten sind nach wie vor gut

Das Wirtschaftswachstum vollzieht sich in langsameren, aber geregelten Bahnen. Für 1988 rechnet die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht mit einer Wachstumsrate von 1,5 bis 2 Prozent.

Dies ist eine realistische Größe. Die OECD hat erst vor kurzem ihre eigene Einschätzung für das Wachstum des Bruttosozialprodukts in der Bundesrepublik von 1,25 auf 1,75 % nach oben revised. **Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für weiteres Wirtschaftswachstum sind nach wie vor gut.** Seit zwei Jahren haben wir völlige Preisstabilität erreicht. Man muß in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Jahrzehnte zurückgehen, um eine Periode vergleichbarer Stabilität mit ihren positiven sozialen Wirkungen zu finden. Und auch für 1988 rechnet die Bundesregierung mit stabilen Preisen.

Hauptstütze der Konjunktur wird auch in diesem Jahr der private Verbrauch sein. Er wird nach der Projektion der Bundesregierung zwischen 2,5 und 3 % steigen. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch die zweite Stufe der Steuerreform 1988. Sie allein wird in diesem Jahr rund 14 Milliarden DM an Kaufkraft freisetzen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden u.a. dadurch um 3,5—4,5 % ansteigen.

Die Bundesregierung verkennt nicht die Risiken, die sich insbesondere für die exportorientierten Unternehmen mit der Abwertung des Dollar verbinden. Aber: die Aufträge aus dem Ausland haben in jüngster Zeit wieder zugenommen, so daß sich für 1988 wieder ein realer Wachs-

tumsbeitrag der Ausfuhren abzeichnet. 1988 wird es auch erneut Fortschritte bei der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze geben, es wird mit einem Anstieg der Beschäftigten um ca. 60 000 gerechnet.

Dies ist jedoch nicht ausreichend, um die Arbeitslosigkeit binnen kurzem nennenswert zu reduzieren — darüber ist sich die Bundesregierung durchaus im klaren. Denn noch immer strömen mehr junge Menschen auf den Arbeitsmarkt als ihn alte verlassen. Und die Erwerbsbeteiligung der Frauen erreicht derzeit einen historischen Höchststand. Das Erwerbspersonenangebot wird also auch in diesem Jahr noch stärker steigen als die Nachfrage nach Arbeitskräften. **Die Arbeitslosigkeit hat hierzulande in erster Linie strukturelle Ursachen, daher ist es notwendig, eine Politik zur Bewältigung des Strukturwandels zu betreiben.**

Es hilft den betroffenen Regionen und der Mehrzahl der dort Beschäftigten wenig, wenn Anpassungsprozesse verschleppt und alte Strukturen, die nicht mehr lebensfähig sind, aufrechterhalten werden.

Notwendig sind hier Flexibilität und Differenzierung in den Tarifverhandlungen, die sich in Öffnungsklauseln in der Tarifpolitik und der stärkeren Berücksichtigung der regionalen und branchenmäßigen Unterschieden in den Tarifverträgen niederschlagen. Notwendig ist auch eine Begrenzung der Lohn- und Lohnzuschlagskosten in der Bundesrepublik, die heute noch am höchsten im Vergleich aller Industrienationen sind. Diese abzubauen ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Sicherung unseres Landes als attraktiver Industrie- und Dienstleistungsstandort.

Erwartungsgemäße Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen im Februar

Die Entwicklung der vom Januar kaum abweichenden Zahl der Arbeitslosen im Februar 1988 liegt im Trend einer Reihe zurückliegender Jahre. Es überrascht nicht, daß die Arbeitslosigkeit trotz eines bis gegen Ende Februar in den meisten Regionen milden Winters einen im Vergleich zu den Jahresdurchschnittszahlen hohen Stand hat. Dies hängt mit vorsichtigen Dispositionen bei den Außenberufen ab — insbesondere in der Bauwirtschaft. Auftraggeber und Auftragsausführende wollen witterungsbedingte Kostenrisiken so weitgehend wie möglich vermeiden.

Der im Vergleich zum Jahresbeginn zurückliegender Jahre außergewöhnlich hohe Stand der Erwerbstätigenzahlen im Januar 1988 — über 700.000 mehr als vier Jahre zuvor Anfang 1984 — und die hohe Zahl der offenen Stellen sind Signale dafür, daß in den nächsten Monaten mit einer relativ günstigen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung gerechnet werden kann, stellt **Horst Günther**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest. Die Entwicklung im weiteren Jahresverlauf wird sehr stark davon abhängen, ob die in den nächsten Monaten zu erwartenden Tarifabschlüsse in ausreichendem Umfang der Zielsetzung der Förderung der Beschäftigung Rechnung tragen. Die Hauptverantwortung für Beschäftigung und Arbeitsmarkt liegt bei den Sozialpartnern. Tarifabschlüsse mit einer wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung dienen den Arbeitslosen nur, wenn im Umfang der wegfallenden Stunden Neueinstellungen vorgenommen wer-

den. Dazu können die über den Anteil für den Lohnausgleich hinausgehenden Produktivitätsgewinne als Solidarleistung der Arbeitsbesitzenden eingesetzt werden. Dies ist bei der seit Jahren andauernden Preisstabilität auch zumutbar. Außerdem sind die Tarifpartner aufgefordert, bei den Tarifabschlüssen zu vereinbaren, daß nicht zu vermeidende Überstunden vermehrt in Freizeit und damit beschäftigungswirksam abgegolten werden. Die Tarifpartner können hier branchenspezifische Vereinbarungen treffen, die den betrieblichen Erfordernissen Rechnung tragen, wie dies der Gesetzgeber in einem Gesetz, das für alle gleich gelten muß, überhaupt nicht kann. Außerdem wäre dies ein Eingriff in die Tarifautonomie.

DIHT: Bundesrepublik nach wie vor guter Standort

Die Bundesrepublik ist nach Meinung des Deutschen Industrie- und Handels-tages (DIHT) nach wie vor ein guter Standort für Investitionen. Nur wenige andere Länder verfügen über ähnliche günstige Bedingungen. Die Voraussetzungen für die Fähigkeit, technisches Wissen vermarkten zu können, sind nach Meinung des DIHT in der Bundesrepublik günstig. Als Trumpfkarten werden genannt: stabile demokratische Verhältnisse, gut ausgebildete und motivierte Arbeitnehmer, stabile Preise, offene Märkte im Innern, keine Hürden nach außen und funktionierender Wettbewerb. Diese Vorteile sollten nach Meinung des DIHT genutzt und nicht zerredet werden.

Unions-Frauen wollen mehr innerparteiliche Mitsprache

Die zentrale Herausforderung einer zukunftsfähigen Frauenpolitik liegt im Abbau der Frauenarbeitslosigkeit und in einer Neubewertung des Arbeitsbegriffs, erklären aus Anlaß des diesjährigen internationalen Frauentages am 8. März die Vorsitzende der Frauen-Union der CDU, Bundesministerin Rita Süssmuth, und die stellvertretende Vorsitzende der Frauen-Union, Roswitha Verhülsdonk.

Die Arbeit der Frauen ist seit der Industrialisierung und der damit verbundenen Trennung der Lebensbereiche Familie und Beruf vielfältiger als diejenige der Männer. Frauen leisten den überwiegenden Teil der Familienarbeit, sie erziehen die Kinder und erbringen 90 Prozent der Pflegeleistungen; über die Hälfte der Frauen steht im Erwerbsleben; Frauen übernehmen den größten Teil der unbewilligten, sogenannten ehrenamtlichen Arbeit in Verbänden, Gemeinden und weiten Bereichen des öffentlichen Lebens.

Die Vielfalt tatsächlich geleisteter Frauenarbeit ist bis heute im öffentlichen Bewußtsein nicht wirklich verankert und anerkannt. Ansonsten wären längst überfällige Maßnahmen zum Abbau der Doppel- und Dreifachbelastungen der Frauen eingeleitet worden.

Die Frauen-Union der CDU fordert daher wirksame Maßnahmen zum Abbau der Frauenarbeitslosigkeit und zur Überwindung der Spaltung von Familie und Arbeitswelt:

- Der öffentliche Dienst muß durch Schaffung von mehr Teilzeistellen eine Vorreiterfunktion für die private Wirt-

schaft übernehmen. Die Verpflichtung, mehr Teilzeitstellen zu schaffen, sollte tarifrechtlich abgesichert werden. Eine Offensive für mehr Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst bietet zudem Chancen, vielfältige Arbeitszeitformen (Sabbatjahre für Weiterbildungszeiten, Urlaubsansparkonten, 30-Stunden-Arbeitszeitmodelle) in der Praxis zu testen.

- Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften werden aufgerufen, in allen Branchen und auf allen Funktionsebenen mehr Teilzeitarbeit anzubieten und tarifvertraglich sowie durch Betriebsvereinbarungen abzusichern.

- Die Tarifpartner werden aufgerufen, Gestaltungsformen für individuell vereinbarte Tages-, Wochen-, Monats- oder Jahresarbeitszeiten zu entwickeln und allgemein durchzusetzen. Erst dann werden Männer und Frauen Familien- und Erwerbsarbeit partnerschaftlich miteinander verbinden können.

Frauenpolitik beinhaltet gezielte Maßnahmen zur Umsetzung von Wahlfreiheit und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf als parallel und gleichermaßen zeitlich nacheinander wahrgenommene Arbeit.

Familienfrau und Berufsfrau: Das sind keine unterschiedlichen Personen, sondern ein und dieselbe Person in verschiedenen Lebensphasen und damit Lebensformen der allermeisten von uns. Deshalb werden wir uns auch von niemandem auseinanderdividieren lassen. Wir alle sind doppelt betroffen: von den Problemen der Familienfrauen so gut wie denen der erwerbstätigen Frauen. Und wir ver-

langen für beides Lösungen. Es war die CDU, die durch das Erziehungsgeld für alle Mütter und Väter den Graben zwischen den Frauen in der Familie und den erwerbstätigen Frauen endlich ein Stück zugeschüttet hat. Wir verstehen Wahlfreiheit nicht so, daß sich eine Frau einmal entscheiden muß — für oder gegen Familie. Frauen wollen beides, Beruf und Familie: nicht anders als Männer auch.

Die Frauen-Union der CDU fordert daher:

- Die Betriebe, die Bundesanstalt für Arbeit und ergänzende Berufsbildungseinrichtungen müssen Wiedereinstiegsprogramme und Umschulungsmaßnahmen dezentral und möglichst betriebsbezogen besonders für Frauen zwischen 40 und 50 Jahren anbieten. Nur eine praxisnahe Wiedereingliederung eröffnet auch echte Berufschancen. Dazu sind ständige Betriebskontakte und gezielte Weiterbildung während der Familienphase unabdingbar.
- In der Familie erworbene Organisationswissen und Sozialkompetenz müssen öffentlich anerkannt werden als Voraussetzungen für die Wiedereingliederung in den Beruf.

Die Frauen-Union der CDU wird den innerparteilichen Prozeß der politischen Gleichstellung von Frauen beschleunigen.

70 Jahre nach Einführung des aktiven und passiven Wahlrechtes für Frauen ist festzustellen, daß Frauen, die zur Übernahme politischer Verantwortung bereit sind, immer noch einen unzumutbaren Hindernislauf bis zur Nominierung für ein Mandat hinter sich bringen müssen. Parteien werden heute nicht mehr nach den Grundsätzen ihrer Gleichberechtigungspolitik gefragt, sondern danach, welche Ergebnisse sie tatsächlich erzie-

len. Prüfstein für die Glaubwürdigkeit unserer Politik ist daher auch, ob die entsprechenden Selbstverpflichtungen in der Union bei anstehenden Wahlen zu deutlich mehr Frauen in Ämtern und Mandaten führen.

Die Frauen-Union der CDU sieht einen ersten wichtigen Erfolg darin, daß die Landesverbände der CDU die vereinbarten Richtwerte derzeit durch geeignete Maßnahmen umsetzen:

- Mit den Richtwerten (vereinbart beim Bundesparteitag in Mainz 1986) wird durch eine Selbstverpflichtung jeder Partiebene der Frauenanteil an Führungsfunktionen kontinuierlich zunächst auf den Mitgliedsanteil und schließlich auf den Bevölkerungsanteil angehoben.

Folgende Maßnahmen werden die Erreichung dieser Ziele unterstützen:

- Die Frauen-Union wird zu allen anstehenden Wahlen konkrete Kandidatinnenvorschläge machen.
- Im Vorfeld von Nominierungswahlen sind auf allen Ebenen Gespräche zwischen den Vorsitzenden der CDU und der Frauen-Union zu führen mit dem Ziel der Bewußtseinsveränderung in der Gesamtpartei und der Unterstützung der vorgeschlagenen Kandidatinnen. Dem dient auch die Fortschreibung der Kandidatenaufstellungsrichtlinie von 1975, die beim Bundesparteitag im Juni in Wiesbaden verabschiedet werden soll, sowie weitere Frauenparteitage auf Landes- und Kreisebene.

- Die eingeführte Berichtspflicht auf allen Ebenen der Partei muß über statistische Angaben hinausgehen und Informationen enthalten über konkrete Maßnahmen und Ergebnisse zur stufenweisen Steigerung des Frauenanteils in Partei und Parlamenten.

Mit Zuversicht in die Zukunft

Mit eindeutiger Mehrheit nominierte die CDU Schleswig-Holstein Heiko Hoffmann zu ihrem Spitzenkandidaten für die bevorstehende schwere Landtagswahl am 8. Mai 1988. Noch immer muß sich die Partei mit den schlimmen Folgen der Kieler Affäre um den verstorbenen Ministerpräsidenten Uwe Barschel auseinandersetzen. Deswegen war es ein Hoffnungszeichen, daß sich Altbundespräsident Karl Carstens entschlossen hatte, durch seine Anwesenheit und durch eine Rede der schwergeprüften Landespartei Mut zu machen und Zuversicht zu vermitteln.

Professor Karl Carstens betonte seine besondere Verbundenheit mit der CDU in Schleswig-Holstein, der er — was seine politische Karriere anbelangt — viel zu verdanken habe. Der Altbundespräsident erinnerte die Delegierten an die besondere Bedeutung des „C“ im Namen der Christlich-Demokratischen Union. Es sei Verpflichtung für das politische Handeln eines Jeden. Er nannte das Gebot der Demut und die Achtung vor der Würde des Menschen, auch des ungeborenen Menschen. Zum Schluß seiner mit großem Beifall bedachten Rede erinnerte der Altbundespräsident an die Einheit der Deutschen, an das Selbstbestimmungsrecht der Nation. Carstens bezeichnete die deutsche Teilung als unnatürlich und forderte Einigkeit und Recht und Freiheit für das ganze deutsche Vaterland.

Danach sprach Gerhard Stoltenberg. Der Landesvorsitzende streifte noch einmal die schlimmen Ereignisse vor dem 13. September. Es gehe darum — so Stoltenberg — bleibende Lehren aus dem Fehlverhalten einiger zu ziehen. Dazu gehöre eine faire, sachbezogene Form der politi-



Heiko Hoffmann:
Die Politik hat ein neues Gesicht

schen Auseinandersetzung, eine stärkere Orientierung an den sittlichen Grundlagen christlich-demokratischer Politik, wie sie im Grundsatzprogramm unserer Partei am deutlichsten zum Ausdruck kommen.

Gerhard Stoltenberg hat in vielen Gesprächen in den Kreisverbänden die Bereitschaft zum Neubeginn nachhaltig gefunden. „Unsere Partei hat eine schwierige Phase durchgemacht, aber sie ist im Kern gesund, lernfähig und zur politischen Verantwortung bereit“, sagte der Landesvorsitzende. Schleswig-Holstein

Zitat

„Der neue CDU-Spitzenkandidat Heiko Hoffmann hat auf dem Parteitag ein sehr gutes Ergebnis erzielt, und dies bedeutet nach all den Schwierigkeiten der Union, daß diese Partei zu ihrer Geschlossenheit zurückgefunden hat. Ich wünsche mir, daß es in der gesamten CDU nun einen Ruck nach vorn gibt: Weg von der Moraldiskussion und hin zur Sachdiskussion. Denn wir wählen am 8. Mai nicht einen Täter ab und dafür das Opfer, sondern eine Regierung, die nach Meinung der Wähler am besten in der Lage ist, die Probleme des Landes zu meistern.“

(FDP-Landeschef Zumpfort)

sei kein sozialdemokratisches Mehrheitsland. Ausschlaggebend werde sein, ob es der Union gelingen werde, zahlreiche heute noch unentschlossene Wähler am 8. Mai an die Wahlurne zu bringen.

Der Landesvorsitzende dankte dem noch amtierenden Ministerpräsidenten Henning Schwarz, dem Fraktionsvorsitzenden Klaus Kribben für ihre verantwortungsvolle Arbeit in den schwierigen Wochen und Monaten, die „hinter uns liegen“. Ganz besonders aber dankte er dem scheidenden Generalsekretär Rolf Rüdiger Reichardt, der sich sieben Jahre lang als Generalsekretär mit beispielhaftem Engagement für die CDU Schleswig-Holsteins eingesetzt habe.

Der Parteitag stimmte einem Antrag des Vorstands zu, nach der Landtagswahl bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen eine Koalition mit der FDP einzugehen. Ursprünglich hatte der Vorstand diesen Satz in das Landtags-Wahlprogramm geschrieben. Das lehnte der Parteitag jedoch ab. Das von den Delegierten verabschiedete Landeswahlprogramm ist mit

neun Seiten das kürzeste, das jemals verabschiedet wurde.

Am frühen Samstagmorgen stand dann die Wahl zum Spitzenkandidaten an. Von 410 stimmberechtigten Delegierten waren 402 anwesend. Es kam zu einem überwältigenden Vertrauensbeweis für den Spitzenkandidaten. Heiko Hoffmann, der zuvor eine mit großem Beifall aufgenommene, in die Zukunft weisende Rede gehalten hatte, erhielt 386 Ja-Stimmen. Zehn Delegierte stimmten mit Nein, fünf enthielten sich und eine Stimme war ungültig. Hoffmann trat für eine Öffnung der Partei nach innen und außen ein, um die Glaubwürdigkeit der Menschen wiederzugewinnen. Die Partei müsse wiederzuhören können, sensibel und offen sein für neue Probleme, gemeinsam nachdenken, um Wege und Lösungen zu suchen. Mit Zuversicht in die Zukunft gehen, das sei die Aufgabe der CDU in Schleswig-Holstein. ■

Es geht um die Zukunft der Deutschen Bundespost

Bei dem von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling vorgelegten Entwurf zur Neuordnung der Deutschen Bundespost handelt es sich um ein überzeugendes Konzept zur Sicherung der Zukunft der Deutschen Bundespost, erklärt der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Medienpolitik, Dieter Weirich. Der Entwurf zeige die richtigen Perspektiven für den Ausbau der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland bei der Telekommunikation auf. Das Zusammenwachsen der Telekommunikation mit ihren Schwester-technologien Datenverarbeitung, Büro-kommunikation und Industrie-automation verlange eine bewegliche, sich dem Wettbewerb in fairer Form öffnende und innovative Post.

Hamburger Landesvorstand um eine Frau erweitert

Geschlossen, erfolgreich und mit neuen Projekten konnte sich die Hamburger CDU auf ihrem Landesparteitag am 27. Februar präsentieren. Seit 1974 im Amt, wurde Landesvorsitzender Jürgen Echternach erneut mit großer Mehrheit bestätigt. Zukünftig wird es vier stellvertretende Landesvorsitzende geben. Neben den wiedergewählten Dirk Fischer, Ove Franz und Hans-Georg Kuhn wird zukünftig die Wandsbeker Bezirksamtsleiterin Ingrid Soehring diese Position innehaben.

Echternach konnte den Delegierten eine Erfolgsbilanz vorlegen. Die Mitgliederzahl sei trotz schwieriger politischer Rahmenbedingungen um 300 auf über 15 000 geklettert. In Hamburg, das schon zur Kaiserzeit „sozialdemokratisches Urgestein“ gewesen sei, habe der Strom begonnen, sich zugunsten der CDU zu drehen. „Wir haben Rückenwind“, rief Echternach aus, während die SPD, die nach dem Kriege die Hälfte ihrer Mitglieder verloren habe, orientierungslos geworden sei.

Höhepunkt des Parteitages waren die grundsätzlichen Ausführungen Echternachs zum Regierungsstil des Ersten Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi, wie er sich in den Reden im Hamburger Überseeclub und anlässlich der Verleihung der Theodor-Heuß-Medaille in Stuttgart zum Thema Hafenstraße gezeigt hat. Der Hamburger Landesvorsitzende bezeichnete Dohnanyis Vorschläge zur Abschaffung der Deputationen (Bürgergremien zur Beratung der Senatsbehörden) und zur Ernennung der Bezirksamtsleiter

durch den Senat statt wie bisher durch die Wahl durch die Bezirksversammlungen als reaktionären Angriff auf Verfassung und republikanische Ordnung Hamburgs. Anstatt gewachsene Traditionen abschaffen zu wollen, bekannte sich Echternach zur demokratischen Beteiligung der Bürger an der Verwaltung. Dohnanyis Stuttgarter Rede nannte Echternach das „hohe Lied des Rechtsbruches“. Die militanten Gegner unserer Rechtsordnung würden darin als Partner der Ordnungsmacht verharmlost.

Die Hamburger Landesgeschäftsstelle im Ludwig-Erhard-Haus ist nach Echternachs Worten mit dem neuen Landesgeschäftsführer Wulf Brocke schlagkräftiger und wirksamer geworden. In den vergangenen Monaten wurden neue Referenten eingestellt, so daß mehr zur Information der Parteimitglieder und der Öffentlichkeit getan werden kann. In Zukunft seien jährlich zwei Ausstellungen geplant, in diesem Jahr werde bereits eine Ausstellung zum Thema „Ludwig Erhard, die Währungsreform und Hamburg“ vorbereitet, eine weitere solle über ein Thema der bildenden Kunst stattfinden.

Als Gastredner sprach auf der Landesversammlung der Vizepräsident Guatamalas, Roberto Carpio Nicole. Er sagte in seinem Grußwort, der Wahlsieg der Christdemokraten in seinem Land sei ein Signal der Hoffnung für Zentralamerika. Der CDU dankte er für die Unterstützung, die dem Volk die christlich-demokratischen Ideale verdeutlicht und bei dem Wahlsieg mitgeholfen habe.



Frohe Ostern '88

wünscht
Ihnen Ihre CDU!

Zum Osterfest wünschen wir Ihnen einige besinnliche Stunden im Freundes- und Familienkreis; aber auch Sonnenschein und blauen Himmel, damit Sie das Ende der dunklen Winterzeit mit einem langen Spaziergang feiern können.

Auch in der Politik können wir wieder mit Zuversicht und Optimismus in die Zukunft blicken: Der Frieden ist sicherer geworden, die Steuerreform bedeutet mehr Geld im Portemonnaie für alle Bürger, die Preise bleiben stabil und unsere Umwelt wird wieder sauberer. Anhaltendes Wirtschaftswachstum hat bis jetzt beinahe 800 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, die Realeinkommen steigen weiter, und die Renten sind sicher.

Wir sind auf dem richtigen Weg: Die Erfolge der Regierung Helmut Kohl zahlen sich für alle Bürger aus.

Gemeinsam für eine gute Zukunft

CDU
Die Zukunft

Ostern '88

Aktiv mit der CDU

Ostern steht für viele gleichbedeutend mit dem Ende der langen Winterzeit. Osterglocken als Vorboten des Frühlings erzeugen eine frohe Stimmung des Aufbruchs, die wir uns auch für politische Aktionen nutzbar machen sollten.

Treffpunkt Info-Stand

Ostersonntag in der Fußgängerzone oder am Einkaufszentrum. Mit einer Aktion, die Information und Sympathiewerbung verbindet, sind wir hier genau richtig. Kleine Präsente für die „jüngsten Anhänger“, z. B. Osterhasen und Luftballons, veranlassen auch die Eltern auf ein kurzes Gespräch am CDU-Stand.

Natürlich heißt auch hier die Devise: „Nicht warten, bis der Bürger zu uns kommt, sondern auf ihn zugehen. Mit dem Flugblatt „Frohe Ostern '88“ bieten wir Ihnen ein Verteilmittel, was sich hierfür bestens eignet.“

Ostereier-Fest für Kinder

Viele Familien mit Kindern verbringen die Ostertage in heimischer Umgebung. Man freut sich, wenn an den Feiertagen für Abwechslung gesorgt wird.

Veranstalten Sie im CDU-Ortsverband eine lustige Oster-Spiel-Party mit Sackhüpfen, dem Oster-Quiz, dem Tauziehwettbewerb und einem Verkleidungswettbewerb für jung und alt.

Oster-Malwettbewerb

Hier wird der lustigste Osterhase gesucht. Einsteschluß des Wettbewerbes, der in der örtlichen Zeitung und in den Anzeigenblättern ausgeschrieben wird, sollte kurzfristig vor Ostern sein. Die Preisträger kann die CDU dann gleich an den Festtagen mit einem attraktiven Preis, z. B. mit einer Familienfahrt zum nächsten Freizeitpark, überraschen. Und die Berichterstattung in der Nachosterwoche

ist nochmals öffentlichkeitswirksam — aktuell. Als besonderer Tip kurz vor (Oster)schluß: Eier-Malwettbewerb für die Kleinen am Ostersonntag in der örtlichen Geschäftsstelle. Die Mütter und Väter werden sich über dieses Betreuungsangebot freuen.

Ostereier-Suchwanderung

Fast jede Familie trifft sich Ostern zum Familienspaziergang. Gemeinsam geht's besser und macht noch mehr Spaß.

Attraktiv wird die Sache, wenn die CDU den Spaziergang zum Eiersuch-Wettbewerb erklärt.

Hierbei wird vorab eine interessante Route festgelegt, auf der es Fragen zu Stadt, Land oder Zeitgeschichte zu beantworten gilt. Nach Eintrag der richtigen Antworten auf einem vorbereiteten Fragebogen ergibt sich beispielsweise aus festgelegten Antwortfeldern (wie bei Kreuzworträtseln) das „Versteck“ der Ostereier, in diesem Falle z. B. ein gemütliches Café, in dem sich die CDU-Familie anschließend trifft.

An alte Menschen denken

Ein kleiner Blumengruß am Ostersonntag wirkt Wunder. Mit anderen CDU-Freunden am Ostersonntag zu Besuch im Seniorenheim oder bei alten Menschen zu Hause ist für beide Seiten ein schönes und beglückendes Erlebnis.

Osterputz – der Umwelt zuliebe

Aktiv sein und einen Tag in den Osterferien für die Umwelt einsetzen, lautet die Devise. Denn Handeln ist meist noch besser als Reden. Und eine gut vorbereitete Säuberungs-Aktion in Wald, Flur oder am Flussufer wird viele vor Ort auf die CDU aufmerksam machen.

Unbedingt mitbringen: Müllbeutel, Handschuhe und Werkzeuge. Unbedingt einladen: Alle CDU-Mitglieder, Freunde, Bekannte — und die Pressevertreter.

Denn über gute Aktionen muß auch wirklich berichtet werden!

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Umwelt extra

INFORMATIONEN UND
PRAKTISCHE TIPS
ÜBER UMWELTSCHUTZ
IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND UND EUROPA

● Friseurin
Gaby: „Meine
Kunden wollen
kein Spray
mehr“
(Seiten 6/7)

● Das Leiden
des Rheins geht
zu Ende
(Seiten 8/9)

● Keine
Utopie:
Strom
durch Wind
(Seiten 10/11)

● Totenstille?
Nein – aber
bitte weniger
Lärm
(Seite 12)

● Biotop statt
Zierrasen in
ihrer Garten
(Seiten 14/15)



Klarer, frisches Wasser ist Leben
Interview mit Umweltminister Professor Klaus Töpfer
● „Nicht immer mit dem Finger
auf den anderen zeigen“

CDU-Umwelt-Extra

Das neue 16seitige Umweltmagazin im Vierfarbdruck gibt Informationen und praktische Tips über Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland und Europa. Außerdem wird die erfolgreiche Politik der CDU als Vorreiter des Umweltschutzes in Europa ausführlich und anschaulich dargestellt.

Bestell-Nr.: 2003

Mindestabnahme: 200 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:
42,— DM + MWSt.

Bestellungen über das

**IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold**

UID

8/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn. Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.